Bundesministerium
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

Herrn
[redacted]

p.schonberger.1.ee5nwgxz68@fragdenstaat.de

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Dr. Raabe
REFERAT ZB2
FAX (+49 30) 18 580 9525
AKTENZEICHEN Z B 2 - zu: 145101#00002#0014

DATUM [redacted]

BETREFF: **Informationsfreiheitsgesetz (IFG)**
HIER: Stellungnahme von Frau Bick, Vorsitzende Richterin am Bundesverwaltungsgericht zu dem Referentenentwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich

Stellungnahme des Justizministeriums des Landes NRW zu dem Referentenentwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich
BEZUG: Ihr Antrag vom 21. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr [redacted],

auf Ihren Antrag nach dem IFG auf Zugang zu amtlichen Informationen des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) vom 21. Oktober 2022 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Frau Bick ist als Sachverständige im Rechtsausschuss zu dem Gesetzentwurf zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich geladen worden. Die Anhörung fand am 23. Januar statt. Ihre Stellungnahme ist online und kann unter https://www.bundestag.de/ausschuesse/a06_recht/anhoerungen/926846-926846 heruntergeladen werden.

Ferner füge ich bei die Stellungnahme des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich gehe davon aus, dass sich damit Ihr Widerspruch erledigt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[redacted]